

Soziale Bewegungen, politische Macht und Transformation in Venezuela

»In den Ländern mit Regierungen volksnaher Prägung besteht die erste Herausforderung für alle Bewegungen in den Beziehungen mit eben diesen Regierungen, die aus den Bewegungen selbst oder aus der von ihnen erzeugten Konjunktur hervorgegangen sind. Meiner Ansicht nach müssen Konzepte wie ›Kooptation‹, ›Verrat‹ und auch die so genannte ›Kontinuität‹ bezüglich des neoliberalen Modells differenzierter angegangen werden, da sie unangebracht erscheinen, um das zu erfassen, was in Ländern des Südens wie Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay geschieht. Die neuen Szenarien sollten als Resultat eines Aufbauprozesses verstanden werden, an dem sowohl die Bewegungen mit ihrem Widerstand und ihren Mobilisierungen als auch die politischen Kräfte und Gruppen, die heute in den Regierungen sitzen, beteiligt gewesen sind. Dieser Aufbau ›von zwei Seiten‹ bedeutet nicht, die Verantwortlichkeiten zu unterschlagen, die den progressiven Regierenden zufällt (...). Aber es erscheint notwendig, Vereinfachungen zu vermeiden, da viele Führungspersonen und Bewegungen weit davon entfernt sind, kooptiert oder ›gekauft‹ worden zu sein. Ihre Unterstützung für die Regierungen ist soliden und tiefen Überzeugungen geschuldet, die untermauert werden von einer Reihe sich tatsächlich vollziehender Veränderungen und den ebenso realen Schwierigkeiten, so ohne weiteres mit dem herrschenden Modell zu brechen.« (Zibechi 2006)

Was Raúl Zibechi, Professor mit Spezialgebiet soziale Bewegungen in Montevideo und Mitherausgeber der Wochenzeitung Brecha, hier zum Ausdruck bringt, gilt in besonderem Masse für Venezuela. Der bolivarianische Prozess als Projekt gesellschaftlicher Transformation ist

gekennzeichnet von einer Reihe grundsätzlicher Unterschiede im Vergleich zu allen anderen historischen – nicht nur lateinamerikanischen – gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Er scheint allen linken Theorien und Ansätzen zu widersprechen. Er wurde

Dario Azzellini

Politikwissenschaftler, Autor und Filmemacher, promoviert zum Thema ›Partizipative und protagonische Demokratie in Venezuela‹. Diverse Buch- und Filmveröffentlichungen in verschiedenen Sprachen zu Lateinamerika, Italien, sozialen Bewegungen und Krieg. Weitere Informationen: www.azzellini.net



nicht von einer Organisation, Partei oder einem Parteienbündnis angeführt, und im Vorfeld existierte weder eine starke linke Partei noch eine mächtige Arbeiterorganisation, nicht einmal eine entsprechende Zeitung. Der bolivarianische Prozess besteht vielmehr aus einem grossen Reservoir politisch, sozial und strukturell unterschiedlicher Gruppen und Organisationen mit verschiedener Geschichte, die unter dem Banner des ›Bolivarianismus‹ zusammenfliessen.

Träger des Transformationsprozesses sind die Bewegungen und Basisorganisationen, die jedoch in einem komplexen Verhältnis von Unterstützung, Konflikt und Zusammenarbeit mit dem Staat und seinen Institutionen stehen. So sind sie ständig von einem Autonomieverlust bedroht. Die staatlichen Institutionen sind weiterhin bürgerlich und nicht für den angestrebten Transformationsprozess geeignet. Sie sind zudem durchsetzt von Funktionären, die von den alten Regierungsparteien eingesetzt worden sind und diesen nahe stehen. Aber auch unter den Politikern aus den traditionellen linken Parteien oder solchen, die im Zuge des Prozesses auf den Chávez-Zug aufsprangen und dank ihres sozialen Kapitals und ihrer Erfahrung die meisten neuen institutionellen Posten besetzen, sind paternalistische und assistenzialistische¹ Praxen und personalisierte Politikmuster weit verbreitet. Zum besseren Verständnis der venezuelanischen Situation werde ich zunächst einen Blick in die jüngere Geschichte des Landes werfen, anschliessend die Zusammensetzung des Bolivarianismus darlegen und schliesslich auf das komplexe Wechselverhältnis zwischen den sozialen Bewegungen, dem Staat und Präsident Chávez eingehen.

Die repressive Demokratie

In der Zeit vor dem ›Caracazo‹, dem Aufstand gegen die neoliberale Strukturpolitik von 1989, wurde Venezuela als eine der Vorzeigedemokratien Lateinamerikas gehandelt. In Wirklichkeit war es ein »populistisches System der Elitenversöhnung« (Rey 1991), in dem sich zwei Parteien – die formal sozialdemokratische Acción Democrática (AD) und die christlich-soziale Copei (Comité de organización política electoral independiente) – die Macht teilten. Bis zur Machtübernahme durch Hugo Chávez im Februar 1999 okkupierten sie den gesamten institutionellen Raum der Interaktion mit dem Staat und das gesellschaftliche Leben (García-Guadilla 2003; Medina 2001).

Kurz vor dem Sturz der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez im Januar 1958 unterzeichneten die drei bürgerlichen Parteien AD, Copei und die liberale Unión Republicana Democrática URD (die Anfang der 1960er-Jahre den Pakt aufkündigte und danach in der Bedeutungslosigkeit



keit versank) den Pakt von Punto Fijo, eine Übereinkunft zur Herstellung der Regierungsfähigkeit im Rahmen einer repräsentativen Demokratie. Die Linke, die eine bedeutende Rolle im Kampf gegen die Diktatur gespielt hatte, wurde marginalisiert. In den folgenden Jahren wurde aus dem Pakt ein System informeller und institutionalisierter Absprachen, in die neben AD und Copei auch die vier weiteren zentralen gesellschaftlichen Akteure – die Unternehmer, die Militärführung, der von der AD kontrollierte Gewerkschaftsdachverband und die Kirche – integriert wurden. Diese Allianz der massgebenden Kräfte garantierte ein formaldemokratisches System im Dienste der US-Interessen, der transnationalen Konzerne (vor allem Erdöl) und der venezuelanischen Bourgeoisie (Bonilla-Molina & El Troudi 2004). Allen Kräften, die sich unterordneten, wurde Zugang zu Ressourcen und Anerkennung zugestanden, alle anderen wurden davon ausgeschlossen. Für die Kanalisierung von Forderungen jeglicher Art war das dichte Netz an korporativen und klientelistischen Strukturen zuständig. Dem Protest der Strasse begegnete man bis 1998 mit brutaler Repression, die immer wieder zahlreiche Todesopfer forderte (López Maya 2003: 217).

Der Niedergang des Punto-Fijo-Systems begann Anfang der 1980er-Jahre. AD und Copei reagierten mit dem Versuch, ihre Basis auszuweiten, indem sie Teile der europastämmigen und der neu aufgestiegenen Mittelschicht in die klientelistischen Beziehungen integrierten, was als ›Öffnung zur Zivilgesellschaft‹ bezeichnet wurde. Doch damit wurde auch die Marginalisierung der Mehrheit der venezuelanischen Bevölkerung festgeschrieben, womit der Legitimitätsverlust des Staates wuchs. Die armen Schichten, etwa 80 Prozent der Bevölkerung, begannen, direkten Protagonismus und ›konstituierende Macht‹ einzufordern, also die Macht, selbst die schöpfende und gestaltende Kraft zu sein (Denis 2001).

Das klientelistische Verteilungsmodell war an das ökonomische Modell eines Staates gekoppelt, der fast ausschliesslich von der Erdölrente lebt und kaum etwas produziert. Viele Klassen- und Verteilungskonflikte fanden auf der Ebene des Zugangs zur staatlich verteilten Erdölrente statt. Der Fall der Ölpreise ab Anfang der 1980er-Jahre führte zu einer breiten Verarmung und Verelendung. Unter anderem bedingt durch das tief sitzende Misstrauen gegenüber übergeordneten Organisationsformen, entstanden eine Vielzahl sozialer Mikrobewegungen, die meist völlig zersplittert waren. So war (und ist) auf Stadtteilebene ein wahrer Mikrokosmos an Organisationsformen zu finden, von Basiskomitees bis zu bewaffneten Gruppen, die jedoch selten über den Stadtteil hinaus koordiniert waren. Vor allem ab Anfang der 1990er-Jahre gab es kaum



mehr institutionelle Kanäle, um Beschwerden und Forderungen einzubringen. Das führte dazu, dass auch Mikroforderungen auf lokaler Ebene meist nur durch gewaltsame Proteste Nachdruck verliehen werden konnte.

Vom Caracazo zur ersten Wahl von Chávez

Inflation, Versorgungsengpässe und eine hohe Teuerungsrate hatten seit Ende 1988 die Lebensumstände der Bevölkerungsmehrheit rapide verschlechtert. Am 16. Februar 1989 kündigte Staatspräsident Carlos Andrés Pérez an, die Subventionen und Preiskontrollen für zahlreiche öffentliche Dienstleistungen und Waren aufzuheben. Die daraus resultierende drastische Preiserhöhung beim Personentransport führte am 27. Februar 1989 in Caracas zu spontanen Aufständen. Hunderttausende von Menschen marschierten aus den Armenvierteln in die Innenstadt, wo sie plündernd umherzogen. Tags darauf weitete sich die Revolte auf viele weitere Städte des Landes aus. In den folgenden Tagen schlugen Armee und Nationalgarde die Aufstände nieder. Dabei wurden offiziell 380 Menschen getötet, Menschenrechtsorganisationen und nichtstaatliche Quellen sprechen allerdings von 3000 bis 10'000 Toten. (Bonilla-Molina & El Troudi 2006; Denis 2001)

Der Caracazo war eine ›Hungerrevolte‹ gegen die vom Neoliberalismus verursachten schlechten Lebensbedingungen. In den Plünderungen spiegelten sich auch die neo-sozialdarwinistischen Prinzipien wider, die von neoliberalen Politikern auf soziokultureller Ebene propagiert werden. Die Revolte schien zunächst ziellos (López Maya 2003). Doch im Verlauf wurde sie zunehmend organisierter und entwickelte kollektive und solidarische Vorgehensweisen. In der Bevölkerung entstand ein Bewusstsein über die eigene transformatorische Kraft. Daher gilt der Caracazo als konstituierend für die Bewegungen, die später in den bolivarianischen Prozess münden.

In grosser Übereinstimmung nehmen die Bevölkerung Venezuelas und zahlreiche AutorInnen das Jahr 1989 als eine Bruchstelle in der Geschichte ihres Landes wahr (Ellner 2003). Mit Bezug auf Foucaults Konzept der ›effektiven Geschichte‹ erklärt Reinaldo Iturriza (2007): »Wenn der 27F (27. Februar) in irgendeinem Verwandtschaftsverhältnis mit dem Juni 1848, der Pariser Kommune, dem französischen Mai oder dem argentinischen Cordobazo steht, dann ist es im Sinne von Ereignissen, die dadurch, dass sie die existierenden Kräfteverhältnisse drastisch verändern, den Lauf der geschichtlichen Ereignisse änderten.«

Die klandestinen linken Organisationsprozesse in der Armee, rund um Chávez und andere Personen, erhielten durch den Caracazo einen



grossen Schub. Diese Gruppierungen hatten sich auf eine langfristige Perspektive eingestellt und in ihren Plänen einen zivil-militärischen Aufstand für das Jahr 2000 vorgesehen. Angesichts der sich verschärfenden Krise und Repression zogen sie ihre Pläne auf das Jahr 1992 vor. Der erste Putschversuch der zivil-militärischen Organisation MBR-200 unter der Führung von Chávez am 4. Februar 1992 scheiterte jedoch, ebenso ein zweiter mit noch stärkerer ziviler Beteiligung im November 1992. Trotzdem wurde Chávez, der nach dem gescheiterten Putsch im Fernsehen eine Rede hielt, zum Hoffnungsträger und zur Symbolfigur für den Wunsch nach Veränderung. Die sozialen Bewegungen und die Proteste (auch gewaltsame) nahmen im Lauf der 1990er-Jahre weiter zu. Nach der Amnestie von 1994 begannen Chávez und andere Angehörige von MBR-200, ihre Gruppierung zu einer Massenorganisation auszubauen. Zunächst lehnten sie die Beteiligung an Wahlen ab und formulierten ein Primat der Bewegungen. 1997 beschlossen sie jedoch, an den Wahlen vom Dezember 1998 teilzunehmen. Ein breites Bündnis aus linken Parteien und Basisorganisationen unterstützte die Präsidentschaftskandidatur von Hugo Chávez, auf den bei einer Wahlbeteiligung von 63.46 Prozent 56,2 Prozent der Stimmen entfielen (CNE 2006).

Der Bolivarianismus – die »historische Strömung für den Wechsel«

Der Bolivarianismus hat keinen klar definierten theoretischen Rahmen und kein klares Programm, sondern ist viel mehr ein »work in progress«. Bonilla-Molina und El Troudi bezeichnen die Kräfte des bolivarianischen Prozesses daher als »Historische Strömung für den Wechsel (2004). Zu dieser Strömung sind verschiedenste linke und emanzipatorische Ansätze der vergangenen Jahrzehnte zu zählen. Ab 2005 ist – in Abgrenzung zum Staatssozialismus sowjetischen Typs – vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts die Rede, der »demokratisch und partizipativ« sein müsse. Präsident Hugo Chávez bezieht sich in seinen Reden auf Einflüsse, die von Jesus über Simón Bolívar, Antonio Gramsci, Leon Trotzki und Mao Zedong bis zum italienischen Philosophen Antonio Negri reichen. Was wie ein wirrer ideologischer Mix erscheint, ist die Vielfalt politischer, sozialer, kultureller und religiöser Ansätze, aus denen sich der Bolivarianismus speist. Simple Übertragungen revolutionärer Erfahrungen von den einen auf andere Länder werden kritisiert, ebenso wie der Autoritarismus der traditionellen kommunistischen Parteien. Betont wird hingegen die Anbindung an die lokalen, regionalen, nationalen und kontinentalen Erfahrungen emanzipatorischer Kämpfe. Zentral sind der Bezug auf Simón Bolívar, Simón Rodríguez und Ezequiel



Zamora sowie auf die Widerstandserfahrungen der indigenen und afrovenezuelanischen Bevölkerung². Diese Personen und Widerstandsbebewegungen wurden, verbunden mit einer revolutionären Interpretation ihrer Rolle, erstmals 1965 von der Guerilla ›Partido Revolucionario Venezolano – Fuerzas Armadas de Liberación Nacional‹ (PRV-FALN, eine Abspaltung der venezuelanischen KP) als Bezugnahmen gewählt. Nach und nach wurde das Konzept von vielen sozialen Bewegungen und politischen Organisationen, aber auch von den progressiven Strömungen in der Armee aufgenommen. In den verschiedenen klandestinen Organisationen im Militär setzte sich in den 1980er-Jahren das von Chávez und anderen 1982 gegründete Movimiento Bolivariano Revolucionario 200 (MBR-200) durch.

Das Movimiento erarbeitete umfassende ideologische und programmatische Grundlagen wie auch organisatorische, taktische und strategische Orientierungen (López Maya 1996). MBR-200 war von Anfang an als zivil-militärische Organisation konzipiert, militärisches Sektierertum wurde stets abgelehnt und der demokratische Charakter der Bewegung unterstrichen. Die sozialen Bewegungen und verschiedenen Basisorganisationen wurden als unabhängige Kräfte angesehen, die gemeinsam mit MBR-200 eine grosse bolivarianische Front bilden sollten (Bonilla-Molina & El Troudi 2004). Dementsprechend waren an den beiden Militärrebellionen im Februar und November 1992 auch zivile Organisationen beteiligt. MBR-200 lehnte die Stärkung und Konsolidierung der eigenen Organisation mittels Wahlen und institutioneller Mitarbeit ab. Die Ablehnung war aber nicht grundsätzlich, vielmehr wollte die Organisation ›im richtigen Moment die Welle reiten‹, um die Regierungsmacht in einem Schwung zu übernehmen und mit diesem Schwung Änderungen auch durchsetzen zu können (López Maya 1996).

Eine systematisierte Darstellung der Einflüsse auf den Bolivarianismus findet sich bei Roland Denis (2007). Diese Einflüsse teilt er in drei grobe Kategorien ein: Erstens die historisch-sozialen Strömungen, zu denen er die Strömungen des kritischen Marxismus zählt, konkret den Guevarismus, Mariateguismus, die europäische Rätebewegung, den Historizismus und Autonomiebewegung (Pannekoek-Gramsci-Negri, etc.), ferner die autonomen Basisbewegungen, die Befreiungstheologie, die nationalen Befreiungsbewegungen (mit ihren Ursprüngen bei Simón Bolívar und José Martí) und die kubanische und sandinistische Revolution, schliesslich der indigene und schwarze Widerstand. Als zweites wichtiges Element nennt Denis die kollektiven aufständischen Erfahrungen der jüngeren Geschichte wie die studentischen Kämpfe von 1987, der Caracazo und die beiden zivil-militärischen Rebellionen von 1992. Als



dritte Kategorie führt Denis mit Bezug auf Walter Benjamin die ›prophetischen‹ Ereignisse an, also gesellschaftspolitische Geschehnisse, die mit der dominanten Geschichte brechen und zumindest eine Ahnung gesellschaftlicher Befreiung vorzeichnen. Darunter fasst er verschiedenste Erfahrungen und Ereignisse zusammen, so etwa die Guerillabewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre, den antiimperialistischen Kulturkongress in Cabimas 1973, die revolutionären Basisgewerkschaften der 1980er-Jahre mit ihren Versuchen, Arbeiterräte zu bilden, den nationalen Studierendenkongress in Merida 1985, das Wiederentstehen von bäuerlichen Bewegungen und die Landbesetzungen in Yaracuy 1987, die direkte Demokratie der Stadtteilversammlung in Caracas von 1991 bis 1993, die Bewegung für eine libertäre Pädagogik in den 1990er-Jahren und den konstituierenden Bildungskongress 2000/2001, die Entwicklung der Volksmacht und der konstituierenden Kräfte der Basis ab 1995, die Wahlkampagne und den Wahlsieg von Hugo Chávez 1998 und damit das Ende des historischen Herrschaftsmodells, die verfassungsgebende Versammlung von 1999.

Die neue Verfassung der bolivarianischen Republik Venezuela

Mit der Amtsübernahme im Februar 1999 leitete Chávez die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung in die Wege. Die Letztere spielte eine zentrale konstituierende Rolle für die Weiterentwicklung eines gesellschaftlichen Projekts der sozialen und politischen Bewegungen und Organisationen. Durch den Vertrauensverlust der alten Parteien sahen soziale wie auch politische Akteure die sozialen Organisationen als »privilegiertes Subjekt und Raum« (García-Guadilla 2003), um eine neue Verfassung zu erarbeiten. NGOs und soziale Organisationen nahmen über Workshops, Kommissionen und runde Tische direkt an der Arbeit der gewählten verfassungsgebenden Versammlung teil, diskutierten und reichten Vorschläge ein. Die runden Tische waren von sehr heterogen, ,mit dabei waren Menschenrechts-, Frauen-, Umwelt-, Indigena-, Basis-, Stadtteilorganisationen und viele andere. Die Hälfte der 624 Vorschläge, die sie einbrachten, wurde in die neue Verfassung aufgenommen.

Die Verfassung legt soziale Bürgerrechte (social citizenship) und die soziale Gleichheit als Ziele der Gesellschaftsordnung fest und definiert den Staat als Garant dieser Rechte. Über den Ausbau von Sozialmassnahmen, kostenlose Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Kleinkreditwesen, Landumverteilung und anderes mehr soll eine egalitäre soziale und ökonomische Partizipation der marginalisierten Schichten



entwickelt werden (RBV 1999). Das Fundament der neuen bolivarianischen Verfassung ist – in Abgrenzung zur repräsentativen Demokratie – die partizipative und protagonistische Demokratie, das heisst, der Staat wird als partizipativer Raum verstanden, in dem die Bevölkerung mittels diverser Instrumente das öffentliche Leben mitgestaltet und die Institutionen kontrolliert. Dank dieses neuen Verhältnisses zwischen Staat und sozialen Bewegungen und Organisationen konnten Letztere in den vergangenen Jahren zahlreiche Projekte präsentieren und durchführen wie auch an den öffentlichen Debatten über gesellschaftliche Veränderungen teilnehmen. Sie verwandelten sich so von sozialen in sozialpolitische Akteure (García-Guadilla 2003).

Im Dezember 1999 wurde die neue Verfassung per Referendum von 71.78 Prozent der Stimmenden angenommen. In den anschliessenden Wahlen gemäss der neuen Verfassung wurde Chávez im Jahr 2000 mit 59.76 Prozent der Stimmen erneut zum Präsidenten gewählt (CNE 2006). Mit der Verabschiedung der ersten Gesetze zur Umsetzung der Verfassung von 2001 begann die massive Mobilisierung der Opposition, die die Regierung stürzen und die Errungenschaften rückgängig machen wollte. Sowohl beim Putsch vom 11. April 2002 als auch im Fall des ›Streiks‹ der Unternehmer, der verbunden war mit Arbeitsniederlegungen und Sabotageakten vornehmlich höherer Angestellter im staatlichen Erdölunternehmen (Dezember 2002/Januar 2003), konnte nur die massive Eigenmobilisierung der Bevölkerung in Verbindung mit loylen Militärs verhindern, dass das Rad der Geschichte zurückgedreht wurde.

Ab Mitte 2003 begannen die ›Misiones‹ genannten Sozialprogramme. Sie entstanden als eigenständige Institutionen und versuchen auch die Selbstorganisation der Bevölkerung und die Partizipation zu fördern. Die ersten Misiones waren in den Bereichen mit grösster Dringlichkeit angesiedelt: Gesundheit, Bildung, Ernährung und Wohnraum (Azzellini 2007b). Da die Misiones die primären Probleme der Bevölkerung aufgreifen, ergaben sich die Verbindungen mit den bereits bestehenden lokalen Sozialorganisationen von selbst. Diese waren und sind meist an der Durchführung der Programme beteiligt.

Die Präsidentschaftswahl vom 3. Dezember 2006 gewann Chávez mit 62.84 Prozent (bei 74.69 Prozent Wahlbeteiligung, CNE 2006). Mit Beginn der neuen Amtszeit wurden Partizipationsmöglichkeiten und Rätestrukturen gestärkt, ausgeweitet und neu eingeführt. Zentral und am weitesten fortgeschritten sind die kommunalen Räte (Consejos Comunales, Azzellini 2007c). Viel unternommen wurde auch für die Demokratisierung der Produktion, ein Prozess, der keinesfalls harmonisch verläuft.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine Vielzahl verschiedener Massnahmen umgesetzt wurde, um strukturelle Veränderungen in der Ökonomie und die Demokratisierung der Besitz-, Arbeits- und Produktionsverhältnisse voranzutreiben. Einige davon zielten auch auf die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse und die Aufhebung der Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit ab, andere hingegen auf eine blossе Demokratisierung kapitalistischer Arbeitsverhältnisse (Azzellini/Ressler 2006; Azzellini 2007a).

Die Rätestrukturen in den verschiedenen Gesellschaftssektoren sollen die Grundlage des venezuelanischen Sozialismus bilden, sie sollen zusammenarbeiten und auf höherer Ebene konföderieren, um so den bürgerlichen Staat durch einen kommunalen Staat abzulösen. Die Verfassungsreform, die in einem Referendum am 2. Dezember 2007 mit knapper Mehrheit (bei nur 55 Prozent Wahlbeteiligung) abgelehnt wurde, sah in Artikel 70 vor, Rätestrukturen zu verankern und die Entscheidungen der Bürger- und Bürgerinnenversammlungen in den jeweiligen Territorien als bindend festzulegen, so lange sie nicht der Verfassung und den geltenden Gesetze widersprechen. Dies hätte die verschiedenen Räte der Volksmacht (kommunale Räte, Arbeiter- und Arbeiterinnenräte, Studierendenräte, Bauern- und Bäuerinnenräte, Frauenräte u.v.m.) gestärkt, die demokratische Verwaltung durch Arbeiter und Arbeiterinnen jeglicher Unternehmen in direktem oder indirektem gesellschaftlichen Besitz verankert und zahlreiche andere kommunale und kollektive Institutionen als Partizipationsinstrumente eingeschlossen. Die Räte der Volksmacht sollten gemäss Artikel 136 die »Gemeinden, Bezirke und Städte in Selbstverwaltung übernehmen« (AN 2007).

Soziale Bewegungen: Das schwierige Verhältnis zwischen konstituierender und konstituierter Macht

Soziale Bewegungen, Formen der Selbstorganisation und -mobilisierung, haben es in Venezuela mit komplexen Rahmenbedingungen zu tun. Mit der Übernahme der Regierungsmacht haben zahlreiche Aktivistinnen und Aktivistinnen aus sozialen Bewegungen in die staatlichen Institutionen gewechselt, was die Bewegungen teilweise geschwächt hat. Auch waren viele soziale Bewegungen in Venezuela schwächer entwickelt als in anderen lateinamerikanischen Staaten, so beispielsweise die Indígena- und die Frauenbewegung. Dennoch konnten diese beiden Bewegungen durch geschicktes Agieren viele ihrer Forderungen in die Verfassung von 2000 einbringen. Die Indígena-Bewegung wurde so gestärkt, und die Indígenas konnten mehr erreichen als in allen anderen



lateinamerikanischen Staaten, obwohl in Venezuela nur etwa 2.1 Prozent der Bevölkerung indigenen Gruppen angehören (Van Cott 2002).

Die Frauenbewegung konnte ebenfalls einen Grossteil ihrer Vorschläge in die Verfassung einbringen, wurde aber als solche geschwächt, als auf Initiative der Präsidentschaft und von Vertreterinnen der Comisión Nacional de la Mujer, die zuvor Teil der Coordinadora Nacional de Organizaciones de la Mujer war, das Movimiento Bolivariano de Mujeres (MBM) gegründet wurde. Einige der wichtigsten Aktivistinnen der Coordinadora schlossen sich ebenfalls der MBM an. Arbeitete die Coordinadora jedoch noch mit einem feministischen und femininen Ansatz in Bereichen wie juristische Gleichheit, Familie, Kinder und Armut, konzentriert sich die MBM vielmehr auf die konkrete Problemlösung im Bezug auf Frauen, Kinder, Armut, Familie, Ausbildung etc., während der Genderaspekt in den Hintergrund rückt (García-Guadilla). Der Bruch einer überparteilichen Zusammenarbeit strikt an spezifischen Fraueninteressen entlang war aber unvermeidlich. Ein Grossteil der alten Frauenbewegung ist allerdings nun institutionell eingebunden, sei es über frauenspezifische Institutionen oder andere.

Im Gegenzug wird nun allerdings die Masse der Frauen aus den ärmsten Schichten erfasst. Das Nationale Fraueninstitut (Instituto Nacional de la Mujer), die Frauenbank (Banco de la Mujer) und die sich an allein erziehende Mütter richtende Misión ›Madres del Barrio‹ sind die wesentlichen staatlichen Institutionen, die Hunderttausende Frauen finanziell unterstützen, beruflich und politisch schulen und organisieren. Die angeschobenen Selbstorganisationsprozesse können als semi-institutionell charakterisiert werden. Die feministisch orientierte Arbeit der älteren Frauenbewegung war stärker auf Lobbyarbeit ausgerichtet. Ihre Initiativen umfassten selten mehr als einige Hundert Frauen, im wesentlichen aus der Mittelschicht.

Die enge Bindung zwischen Staat und Bewegungen hat viele Bewegungen erheblich gestärkt. Zugleich stellt sich die Frage nach dem Ausmass der Autonomie verschiedener sozialer und politischer Akteure. Hinzu kommt, dass die Massen in Venezuela zuvor unorganisiert waren und sich nun organisieren müssen, soll der Prozess Aussichten auf Erfolg haben. Einerseits wird dabei auch auf Seiten der Regierung eine organische Selbstorganisation von unten bevorzugt, andererseits sind die Massen stark auf die Person von Hugo Chávez fixiert. Auch drängt sich angesichts der ständigen Angriffe auf den Prozess eine Organisation zur Konsolidierung und Verteidigung des Prozesses auf.

Die Rolle von Chávez erweist sich als ein widersprüchliches Phänomen. Obwohl – oder vielleicht gerade weil – er sich in seinem Diskurs



nicht über die anderen hebt und stets ›el pueblo‹ ins Zentrum stellt, als dessen Teil er sich versteht, beginnt seine Figur zu der eines Caudillo zu werden. Denis (2001) steht dem Phänomen sehr kritisch gegenüber, stellt jedoch wie die meisten meiner Gesprächspartner mit längerem linken politisch-organisatorischem Hintergrund fest, dass die transformatorische Bewegung ohne Chávez ihre Kraft nicht in dem Umfang entwickelt hätte, wie es heute der Fall ist. Er unterstreicht die herausragende Rolle Chávez', der es schaffte, die verarmten Massen in ein politisches transformatorisches Projekt zu integrieren, wie es der Linken zuvor nie gelungen war. Chávez gelingt es, mit der dispersen Masse zu kommunizieren, das heisst mit all den Menschen, die in Folge der vom Neoliberalismus geförderten Zersplitterung und Individualisierung der Gesellschaft nicht organisatorisch eingebunden sind. Zugleich wirkt er als integratives Moment für alle am Prozess beteiligten Organisationen und Bewegungen. Er ist der Garant für die ständige Beteiligung der sozialen Bewegungen am bolivarianischen Prozess, denn er bildet ein Gegengewicht zu den meist traditionellen Praxen der an der Regierung beteiligten Parteien.

Ein wesentlicher Kern dieses Prozesses und der Politik von Hugo Chávez und eines Teils seiner Regierung liegt in der Förderung der Selbstorganisation. Diese Förderung trifft auf ein schweres Erbe: die klientelistischen, assistenzialistischen und paternalistischen Strukturen, die durch den Erdölreichtum entstanden waren und tief greifende Spuren in der venezuelanischen Gesellschaft hinterlassen haben. Deshalb sahen sich viele VenezuelanerInnen lange Zeit nicht als Akteure einer Veränderung (Márquez). Sie verharrten in der Erwartungshaltung, wonach die eigenen Probleme von politischen Repäsentanten gelöst werden müssten. Daher rufen Chávez und andere Vertreter der Regierung die Bevölkerung auch unermüdlich auf, sich selbst zu organisieren. Deshalb ist die Selbstorganisation vielfach eine Voraussetzung dafür, um an Programmen der Regierung beteiligt zu werden. Die meisten Programme basieren auf der Eigeninitiative organisierter oder zu organisierender Gruppen und Stadtteile, die dann technische und finanzielle Hilfeleistungen von der Regierung bekommen.

In der assistenzialistischen Kultur liegt auch begründet, warum die Partizipation lange Zeit – und teilweise nach wie vor – in geringerem Masse ausgeschöpft wurde, als es juristisch und real möglich wäre, wie ich selbst bei zahlreichen Besuchen in verschiedenen Regionen des Landes feststellen konnte. Ein Beispiel: Das Gesetz zum urbanen Landbesitz ermöglicht den Bewohnern der Armenstadtteile, für das Land, auf dem ihre Hütte respektive ihr Häuschen steht, einen legalen Landtitel zu erhalten. Bedingung dafür ist die Bildung eines lokalen Komitees für



städtisches Land, das als Vermittler im Legalisierungsprozess fungiert. 2003 wurden zwar etwa 38'000 Titel verliehen (Gobierno 2003), doch in einigen Armenvierteln kam das Komitee bisher nicht zustande.

Begonnen hatte der Prozess der von oben mitstimulierten Selbstorganisation Mitte 2001, als Chávez und diverse Aktivisten zur Bildung von bolivarianischen Zirkeln aufriefen. Diese Zirkel waren in erster Linie eine Art Nachbarschaftsorganisationen, die verschiedenste soziale und kulturelle Aufgaben auf lokaler Ebene übernahmen. Sie waren an keine Partei und auch nicht an die Regierung gebunden, sondern eine Form der Selbstorganisation. Die neu gegründeten Zirkel wurden nur der Nationalen Koordination gemeldet, die koordinierte, aber nicht weisungsbefugt war. Gemäss dieser Koordination waren 2003 etwa 2,5 Millionen Venezuelanerinnen und Venezuelaner in den Zirkeln organisiert. Doch bereits 2005 waren die Zirkel kaum noch existent, viele verwandelten sich in andere Gruppen.

Eine enorme organisatorische Kraft entfalteteten ab 2003 auch die verschiedenen Sozialprogramme der Regierung, die Misiones. Für diese Programme meldeten sich zahllose Freiwillige (z. T. mit Aufwandsentschädigungen). Ein Problem liegt aber darin, dass diese Beteiligung starken konjunkturellen Schwankungen unterworfen war. So organisierten sich vor dem Abwahlreferendum gegen Chávez im August 2004 Hunderttausende in so genannten Wahlkampfteinheiten (Unidades de Batalla Electoral, UBE), kleine Gruppen, die systematisch in Gesprächen von Tür zu Tür versuchten, die Bevölkerung zu überzeugen, gegen die Verkürzung von Chávez' Mandat zu stimmen. Die Aktion war nicht nur im Hinblick auf das Ergebnis erfolgreich, sondern auch eine Art Schulung für viele UBE-AktivistInnen. Nach dem Referendum wurden die UBEs in UVEs (Unidades de Vencedores Electorales, Wahlkampfsiegereinheiten) umgewandelt. Aus diesen Gruppierungen sollten eigentlich für die folgenden Wahlen Kandidaten der Basis hervorgehen. Das geschah jedoch nicht, da die Parteiführungen ein weiteres Mal die meisten Kandidaturen untereinander aushandelten. Die UVEs verschwanden in der Versenkung.

Mit den kommunalen Räten (Consejos Comunales), die ab 2005 aufgebaut wurden und im April 2006 eine gesetzliche Grundlage bekamen, scheint erstmals die Schaffung einer kontinuierlicheren und breiteren Basisorganisation erfolgreich zu sein (Azzellini 2007c). Die Consejos erhalten Befugnisse, die eine dauerhafte Organisation nötig, aber auch attraktiv machen. Sie verfügen über ein eigenes Budget und erhalten erhebliche Entscheidungsfreiheiten darüber, wie sie die Mittel einsetzen wollen. Sie werden in urbanen Gebieten in Einzugsbereichen von 200



bis 400, in ländlichen Gegenden von 20 und in indigenen Regionen von 10 Familien gebildet. Basis dieser Räte wie auch Entscheidungsorgan ist die Bürger- und Bürgerinnenversammlung. In das Exekutivorgan werden ein Sprecher oder eine Sprecherin aus jeder Arbeitsgruppe beziehungsweise jedem lokalen Misiones-Komitee gewählt. Gewählt werden zudem auch fünf Mitglieder für eine Finanzkommission (Unidad de Gestión Financiera) und fünf Mitglieder einer Kontrollkommission (Unidad de Contraloría Social). Diese dürfen nicht gleichzeitig SprecherInnen anderer Kommissionen sein. Sie bleiben jeweils zwei Jahre im Amt, können wiedergewählt, aber auch jederzeit abgewählt werden. Sie können jedoch keine Entscheidungen treffen; diese bleiben der Basisversammlung vorbehalten. Die gewählten Räte planen und gestalten die Partizipation in der Gemeinde. Das Finanzkomitee verwaltet die Ressourcen und die Kommunalbank, über die die Versammlung Kredite zu günstigen Konditionen für Projekte vor Ort vergeben kann. Wahlberechtigt sind alle Bewohner der Gemeinde ab 15 Jahren.

Die Arbeit in den Consejos ist auf allen Ebenen ehrenamtlich. Welche Komitees dem Rat angehören – das kann je nach lokalen Bedürfnissen unterschiedlich sein – entscheidet die Versammlung. Dazu zählen können zum Beispiel das Gesundheitskomitee, die Wasserkomitees (die mit den Wasserwerken die Trink- und Abwasserversorgung planen), die Urbanen Landkomitees, die Komitees für Umwelt, Kultur, Sport, Jugend, Grosseltern, Basisökonomie, Bildung, soziale Entwicklung und Ernährung, Wohnung, Infrastruktur und Habitat, Konfliktlösung (Friedensrichter), Sicherheit und Verteidigung oder weitere.

Sobald der Consejo Comunal konstituiert ist, beginnt er mit einer sozioökonomischen Analyse des Territoriums, um Prioritäten auszumachen und mit allen Komitees einen gemeinsamen Arbeitsplan zu definieren, der von der Versammlung genehmigt werden muss. Die Räte bekommen ihre Ressourcen direkt von verschiedenen Institutionen: vom Zentralstaat, den Bundesstaaten und den Bezirken, über den Interregierungsfond für Dezentralisierung (FIDES) auf Basis des Gesetzes für ökonomische Sonderzuteilungen aus den Minen und von fossilen Brennstoffen (LAEE), oder aus der Verwaltung der öffentlichen Dienste, die der Staat den Consejos übergibt. Alle Finanzentscheidungen müssen von der Versammlung genehmigt werden. Die Kontrollkommission und die Mitglieder der Gemeinde müssen jederzeit Zugang zu allen Finanzunterlagen haben.

Gemäss Angaben des Ministeriums für Partizipation und Soziale Entwicklung (Minpades) gab es in Venezuela Ende 2007 an die 35'000 Consejos Comunales. Die Realität der Consejos differiert je nach den unter-



schiedlichen historischen Erfahrungen und demunterschiedlichen Grad an Aktivismus, Bildung und Zugang zu Informationen. Vor allem am Anfang bildeten sich zahlreiche Consejos mit einer breiten Beteiligung der Gemeinschaft. Das veränderte sich mit der Zeit. Der Grossteil der Erfahrungen scheint sehr positiv zu sein. Die Basis kann in diesem Rahmen ihre eigenen Interessen sehr effektiv wahrnehmen. Hervorzuheben sind dabei vor allem zwei Punkte:

Erstens ist – speziell in stark marginalisierten Gegenden – die Mehrheit der Aktiven weiblich. Nur sehr wenige verfügen aus der Zeit vor 1998 über soziale oder politische Organisationserfahrung, ein Grossteil wurde erst nach dem Putsch von 2002 aktiv, viele hatten vorher nicht einmal an den Wahlen teilgenommen.

Zweitens ist in den Consejos eine Teilnahme so genannter Ni-Ni's zu beobachten (jene, die sich weder – ni – mit Chávez noch – ni – mit der Opposition identifizieren), Leute, die an anderen Organisationsansätzen bisher nicht teilgenommen haben. Nach meiner Beobachtung werden diese zum Teil auch als Sprecher gewählt (auch in Orten, wo Chávez 55 bis 70 Prozent der Stimmen erhält). Auch in Gebieten mit einer starken Mittelschicht werden Consejos Comunales konstituiert. Eiserne Oppositionelle beteiligen sich jedoch kaum daran, was nicht überrascht, halten sie doch nicht viel von der Macht des Volkes. Vereinzelt gibt es jedoch auch mehrheitlich oppositionelle Consejos.

Die abgelehnte Verfassungsreform sah die Möglichkeit vor, dass sich mehrere Consejos zu einer Comuna (Kommune) zusammenschliessen. Sobald in einem Bezirk genügend Consejos und Comunas entstanden und die kommunale Selbstverwaltung real ausgeübt worden wäre, hätte der Präsident in Absprache mit dem Ministerrat diesen Bezirk zur kommunalen Stadt (Asamblea Nacional 2007) erklärt. Andererseits kam in einigen Consejos und Begleitstrukturen der Vorschlag auf, auch kleinere Einheiten zu schaffen, in denen die Themen der Versammlungen vor-diskutiert werden, um so die Partizipation zu fördern. Nach der Ablehnung der Verfassungsreform kündigte die Regierung an, die entsprechenden Regelungen bezüglich der Räte per Gesetz einzuführen. Eine Misión zur Unterstützung des Aufbaus von Comunas wurde bereits ins Leben gerufen.

Die Aussichten

Die kontinuierliche Vertiefung des sozialen Transformationsprozesses in Venezuela erfolgt in einem dialektischen Verhältnis zwischen Chávez und den Basisbewegungen und umgeht einen grossen Teil der Institutionen und Regierungsparteien, beziehungsweise, er wird von diesen in



der Praxis nicht voll mitgetragen. Zwar finden auch Vorstellungen einer Demokratisierung der Besitz- und Produktionsverhältnisse, die Übernahme geschlossener Fabriken durch die Beschäftigten, der Ruf der Bauernbewegungen nach Enteignung von Grossgrundbesitz und die Demokratisierung der Medien ihren Weg in die staatliche Politik. Doch innerhalb der Regierung ist es vor allem Chávez selbst, der in Diskurs und Praxis für eine Vertiefung der partizipativen Demokratie sorgt. Seit Anfang 2005 spricht er offen von der Notwendigkeit, den Kapitalismus zu überwinden und einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu erfinden. Damit hat Chávez einen Diskurs aufgegriffen, der aus den Bewegungen und Basisorganisationen stammt. In den Institutionen und unter den Repräsentanten der Parteien mangelt es aber nicht an VertreterInnen keynesianischer Ideen, assistenzialistischen Welfare-Ideologien und staatszentrierten Vorstellungen. Dort dominieren eher lineare und reformistische Vorstellungen von gesellschaftlicher Transformation. Zahlreiche Leitlinien, angekündigte Regierungspolitiken und sogar verabschiedete Gesetze werden deshalb gar nicht oder nur zögerlich umgesetzt. Zwar wird zweifelsohne so viel wie nie zuvor in Sozialmassnahmen, Bildung, Gesundheitsversorgung, alternative ökonomische Entwicklung, Infrastruktur, Kultur und vieles mehr investiert, doch der Widerspruch zwischen den Aussagen und politischen Leitlinien von Hugo Chávez und der Politik vieler Institutionen ist für die Bevölkerung deutlich spürbar. In weiten Teilen ist die alte politische Klasse durch eine neue politische Klasse ersetzt worden.

Die linken Parteien treten auch kaum für die von der Verfassung vorgesehene weitere Übertragung der Macht an die Bevölkerung ein. Sie praktizieren zunehmend das gleiche Verhalten wie die alten Parteien in der Ära vor Chávez: Machtkämpfe, Postengeplänkel, Vetternwirtschaft und Disziplinar-massnahmen gegen interne Kritiker. Dies betraf vor allem die grösste Regierungspartei Movimiento V. República (MVR), ein eigens für die Wahl von 1998 geschaffenes Sammelbecken. Hier sollte die Gründung der Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV) Abhilfe schaffen. Bis auf die linkssozialistische PPT, die Kommunistische Partei Venezuelas PCV und drei Kleinstparteien haben sich alle Parteien, die die Regierung unterstützen, 2007 zu Gunsten der in Gründung befindlichen PSUV aufgelöst. Der Gründungsprozess war stark geprägt von den Versuchen dominanter PolitikerInnen und Interessengruppen, sich Machtpositionen zu sichern. Das stiess auf Kritik und Unmut an der Basis.

Im April 2008 gelang es jedoch, ein 30-köpfiges Direktorium (15 DirektorInnen und 15 VertreterInnen) von der Basis wählen zu lassen.



Ebenso konnten Anfang Juni in parteiinternen Primärwahlen die KandidatInnen für die Bürgermeister- und Gouverneurswahlen vom November 2008 bestimmt werden. Rund 1,7 der 5,2 Millionen eingeschriebenen PSUV-Mitglieder beteiligen sich aktiv an den Debatten und am Parteaufbau. Mit den beiden internen Wahlprozessen ist der Partei ein wichtiger Schritt gelungen – trotz vieler hausgemachter Probleme. Wie sich bei der Wahl des Direktoriums zeigte, wurden für die 15-köpfige Leitung kaum aktuelle Inhaber von Regierungsämtern gewählt. Die meisten Stimmen erhielten Personen, die dem linken Flügel des Bolivarianismus zuzuordnen sind, oder ganz neue Gesichter. Mit den Primärwahlen zur Nominierung der Kandidaten für die Regionalwahlen vom November – die ersten seit der Regierungsübernahme von Chávez – hat die PSUV viel Prestige gewonnen und Enthusiasmus ausgelöst. Nahezu 2,5 Millionen Parteimitglieder nahmen daran teil. Die Ergebnisse waren durchaus gemischt: Während es der Basis in vielen Regionen und Städten gelang, Parteikandidaturen von unten gegen die lokalen und regionalen politischen Notablen durchzusetzen, führte andernorts die Zersplitterung der Basis oder die Macht bestimmter Amtsträger zu deren erneuter Nominierung als Kandidaten. In seltenen Fällen wurden bereits regierende PolitikerInnen von der Basis in positiver Weise als erneute KandidatInnen bestätigt. Der erste Schritt hin zum intendierten Aufbau einer ›Partei neuen Typs‹, die sich von unten nach oben aufbaut und in der Lage ist, eine kollektive Rolle in dem bolivarianischen Transformationsprozess zu übernehmen, scheint erfolgreich gemeistert worden zu sein.

Ein weiteres Problem stellen zahlreiche Angehörige der alten politischen Klasse dar, die sich in ihrer Rhetorik den neuen Umständen angepasst haben. Korruption und Klientelismus sind nach wie vor weit verbreitet. Bestand bis 2007 eine Besonderheit der venezuelanischen Entwicklung darin, dass sich nach jedem gesamtgesellschaftlichen Konflikt (Putsch, Erdölsabotage/Aussperrung, Referendum gegen Chávez usw.) sowohl die Basisbewegungen als auch die Bürokratie gestärkt sahen, ist seitdem deutlich geworden, dass ein Grossteil der Institutionen den Transformationsprozess bremsen und behindern statt fördern. Das am 2. Dezember 2007 knapp verlorene Referendum zur Verfassungsreform ist ebenfalls ein Ausdruck davon. Die Opposition gewann, weil drei der über sieben Millionen Wähler, die ein Jahr zuvor noch für Chávez gestimmt hatten, den Urnen fern geblieben sind. Die Gründe dafür sind vielfältig, doch in Debatten an der Basis wird vor allem die Unzufriedenheit mit den Institutionen, die Korruption und der Umstand, dass viele politische Repräsentanten eine Vertiefung der sozialen



Transformation heimlich ablehnen, hervorgehoben. Auf Regierungsebene ist starke Selbstkritik geübt worden, und es wird mit sichtbarem Erfolg an einer höheren Effizienz der Institutionen und der Umsetzung der beschlossenen Massnahmen gearbeitet. Allerdings sind bisher kaum personelle Konsequenzen gezogen worden, was an der Basis starken Unmut und Unverständnis hervorruft. Es scheint ein Punkt erreicht, an dem entweder die Basisbewegungen stärker hervortreten müssen oder der radikale Transformationsprozess zumindest vorerst an eine Grenze stösst. Ganz wesentlich wird die weitere Entwicklung davon abhängen, inwieweit es der Basis gelingt, mit den Consejos Comunales die Gestaltung und Verwaltung auf lokaler Ebene in Eigenregie zu übernehmen. Bewusstseins- und Organisationsgrad sind jedoch lokal und regional sehr unterschiedlich. Bisher bestehen im gesamten Land etwa 40'000 Consejos Comunales. Während sie mancherorts überhaupt nicht zustande kommen, schliessen sich andernorts bereits Dutzende zu übergeordneten Strukturen zusammen.

Diese inneren venezuelanischen Prozesse verlaufen jedoch nicht abgekoppelt von internationalen Entwicklungen. Der militärische und politische Druck, den die USA im Verbund mit Kolumbien auf Venezuela ausüben, nimmt zu. Kolumbien versucht, durch militärische Übergriffe und Propagandakampagnen Konflikte mit seinen Nachbarn Ecuador und Venezuela zu schüren. In Venezuela selbst ist eine massive Infiltration durch kolumbianische Paramilitärs zu beobachten. Alles deutet darauf hin, dass Kolumbien und die USA eine Contra nach dem Muster Nicaraguas aufbauen. Zugleich nehmen Verletzungen des venezolanischen Territoriums und Luftraums durch kolumbianische und us-amerikanische Streitkräfte zu. In der Erdölregion Zulia unterstützen europäische und us-amerikanische »Entwicklungsorganisationen« rechtsradikale und separatistische Bewegungen, ähnlich wie bestimmten Regionen Boliviens und Ecuadors. Und dass die vor Südamerika operierende IV. Flotte der USA nach vielen Jahren wieder belebt wurde, ist kein gutes Zeichen. Eine Zunahme von konterrevolutionären Sabotageaktionen und Gewaltakten ist zu befürchten. Das kann zu einer Zurückdämmung und Einschüchterung, aber auch zu einer Radikalisierung der Selbstorganisation führen. Sollte Venezuela militärisch angegriffen werden, wird der Ausgang auch wesentlich davon abhängen, ob sich eine wirksame internationale Solidaritätsbewegung entwickelt.

Anmerkungen

- 1 Der Begriff »assistenzialistisch« bezeichnet Politiken, die sich auf materielle Unterstützung in Form von Spenden, Gaben, Geschenke stützen.



- 2 Simón Rodríguez (1769–1854), Philosoph, Frühsozialist und Lehrer Simón Bolívars, steht für die Bedeutung der Volksbildung und die Suche nach eigenen sozialen und politischen Organisationsformen. Simón Bolívar (1783–1830) steht für die Unabhängigkeit und Souveränität sowie für das Projekt der kontinentalen Befreiung und Integration. Ezequiel Zamora (1817–1860), Bauerngeneral aus dem Föderationskrieg, stellt die Wichtigkeit des Kampfes – über die Unabhängigkeit hinaus – für eine gerechte und demokratische Gesellschaft dar. Er führte diverse Bauernaufstände unter den Losungen ›Freies Land und freie Menschen‹ und ›Horror der Oligarchie‹ an (López Maya 1996: 146).

Literatur

- Asamblea Nacional (AN)(2007): Reforma de la Constitución de la República Bolivariana de Venezuela
- Azzellini, Dario (2007a): Von den Mühen der Ebene – Solidarische Ökonomie, kollektive Eigentumsformen, Enteignungen und Arbeitermit- und -selbstverwaltung. In: Holm, Andrej (Hg.) (2007): Revolution als Prozess – Selbstorganisation und Partizipation in Venezuela. VSA-Verlag, Hamburg
- Azzellini, Dario (2007b): Venezuela Bolivariana – Revolution des 21. Jahrhunderts? Neuer ISP Verlag, Köln
- Azzellini, Dario (2007c): La Revolución Bolivariana – ›o inventamos o erramos‹. Claves para leer el proceso de transformación social venezolano. In: Herramienta, Heft 36
- Azzellini, Dario und Oliver Ressler(2006): 5 Fabriken – Arbeiterkontrolle in Venezuela. Film, 81 min.
- Bonilla-Molina, Luis und Haiman El Troudi (2004): Historia de la Revolución Bolivariana. Ministerio de Comunicación e Información, Caracas
- Consejo Nacional Electoral (CNE) (2007): Elecciones Presidenciales 2006. (www.cne.gov.ve/divulgacionPresidencial/resultado_nacional.php, aufgerufen am 22.2.2007)
- Consejo Nacional Electoral (CNE) (2006): Elecciones Presidenciales – Cuadro Comparativo 1958–2000. (www.cne.gov.ve/estadisticas/e006.pdf, aufgerufen am 22.2.2007)
- Denis, Roland (2001): Los fabricantes de la rebelión. Editorial Primera Linea, Caracas
- Denis, Roland (2007): La profecía de ALCASA. (www.aporrea.org/actualidad/a32464.html, letzte Aktualisierung am 26.3.2007, aufgerufen am 26.3.2007)
- Ellner, Steve: Hugo Chávez – Venezuela's Redeemer? In: NACLA, Band XXXIII, Heft 6/2000
- Ellner, Steve (2003): Introducción – En la búsqueda de explicaciones. In: Ellner, Steve und Daniel Hellinger (2003): La política venezolana en la época de Chávez – clases, polarización y conflicto. Nueva Sociedad, Caracas
- García-Guadilla, María Pilar (2003): Sociedad civil – institucionalización, fragmentación, autonomía. In: Ellner, Steve und Daniel Hellinger (2003): La política venezolana en la época de Chávez – clases, polarización y conflicto. Nueva Sociedad, Caracas
- Gobierno de Venezuela (2006): Consejos Comunales. (www.consejoscomunales.gob.ve/, aufgerufen am 22.3.2007)
- Iturriza López, Reinaldo (2007): El general Kersausie y las barricadas del 27 de Febrero de 1989. (www.aporrea.org/ideologia/a31241.html, letzte Aktualisierung am 28.2.2007)
- López Maya, Margarita: Movilización, institucionalidad y legitimidad en Venezuela. In: Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, Heft 1/2003
- López Maya, Margarita (1996): Nuevas representaciones populares en Venezuela. In: Nueva Sociedad, Heft 144/1996
- Medina, Medófilo (2001): El elegido presidente Chávez – un nuevo sistema político. Ediciones Aurora, Bogotá
- República Bolivariana de Venezuela (RBV) (1999): Constitución de la República Bolivariana de Venezuela. Caracas
- Rey, Juan Carlos: La democracia venezolana y la crisis del sistema populista de conciliación. In: Revista de Estudios Políticos, Heft 74/1991
- Van Cott, Donna Lee: Movimientos indígenas y transformación constitucional en los Andes – Venezuela en perspectiva comparativa. In: Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, Heft 3/2002
- Zibechi, Raúl: Movimientos sociales – nuevos escenarios y desafíos inéditos. In: OSAL (Observatorio Social de América Latina), Heft 21/2006